

Neue Regierung in Österreich:

Zwischen Öffnen der Büchse der Pandora und langsamer Unterminierung des Asylrechts

Asylforum 2025

28. Mai 2025

Workshop

Mag. Lukas Gahleitner-Gertz

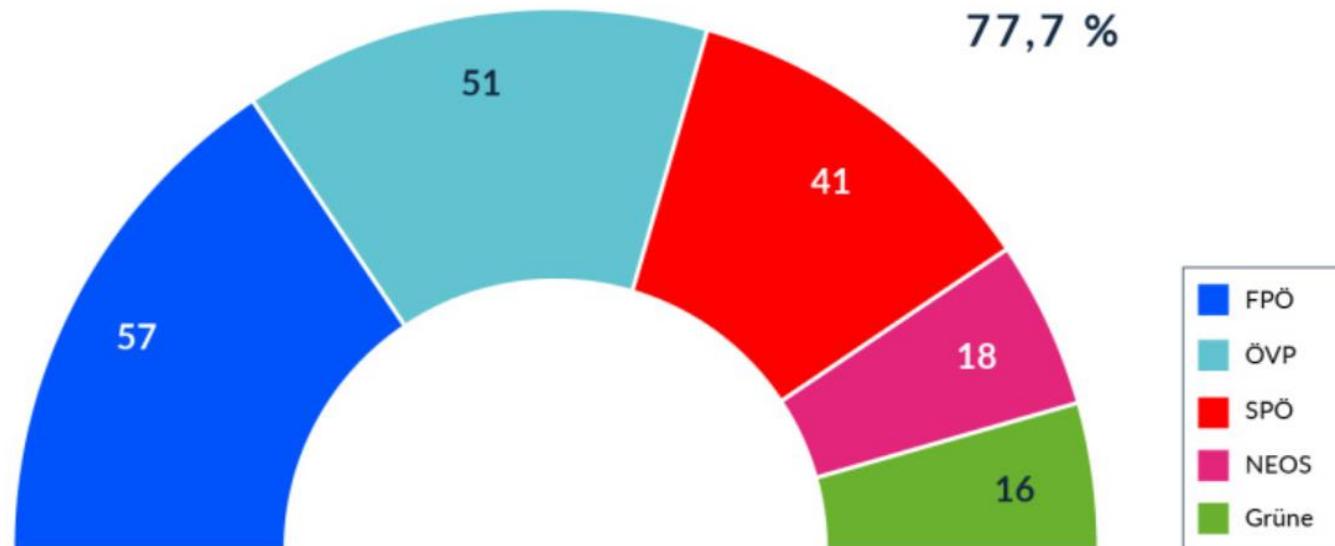
Jurist und Sprecher der

*asyl*koordination österreich

www.asyl.at – gahleitner@asyl.at

Was bisher geschah: Nationalratswahl 2024

Mandatsverteilung



Wahlergebnis

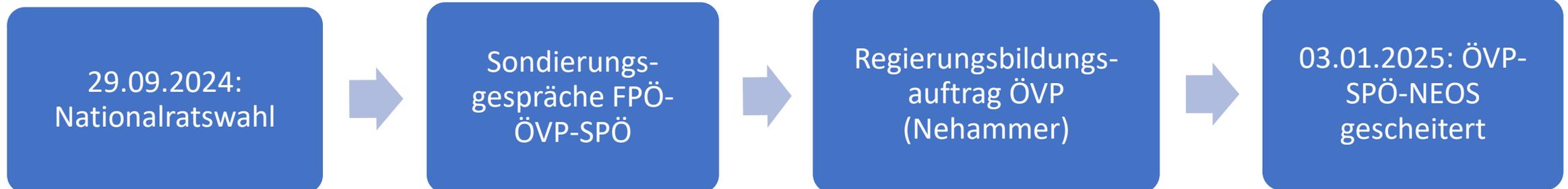


Stand 4.10.2024, eigene Darstellung.

- Bestes FPÖ-Ergebnis
- Plus 26 Mandate
- Alle anderen Parteien haben Koalition mit „Kickl-FPÖ“ abgeschlossen
- Knappe Mehrheit ÖVP-SPÖ (92)
- ÖVP: Nicht mit Grünen

Längste Regierungsverhandlungen in 2. Republik

- Rückblick: Herbert Kickl war Innenminister in Ibiza-Koalition – erster Minister, der je vom Bundespräsidenten entlassen worden ist
- Sondierungsgespräche: Kein „Regierungsauftrag“ an Kickl von Bundespräsident Van der Bellen (Grüne)
- ÖVP-SPÖ-Mehrheit mit 92 Mandaten: denkbar knappste Mandatsmehrheit: Erstmalig Verhandlungen von drei Parteien



„Wer Kickl wählt, wählt **5 Jahre Hochrisiko** mit radikalen Ideen“

„Es braucht Sie keiner“: Was sich Stocker und Kickl gegenseitig ausrichteten

Anfang 2024 erklärte Kickl überhaupt, dass sich die ÖVP mit SPÖ, Grünen und Neos gleich zu einer **„Liste Volksverrat“** zusammenschließen sollte.

„Es bleibt ganz klar: Wer einen **rechtsextremen Kickl** in der Regierung verhindern will, darf sein Vertrauen nicht in andere Extreme setzen.“

„Gesprächen werden wir uns sicher nicht verweigern, **aber ganz klar ist, dass auch heute gilt, was wir gestern gesagt haben, und das wird auch morgen nicht anders sein,** dass wir mit Herbert Kickl in Regierungsverantwortung keine Zusammenarbeit haben werden.“ -

Nach dem **ORF**-Sommergespräch Kickls sagte Stocker heuer: „Die Wahrheit ist: Kickl ist ein **radikaler Verschwörungstheoretiker.**“ Und: „Herbert Kickl ist aber nicht nur ein **Sicherheitsrisiko,** sondern auch ein **Wendehals.**“

Beim Migrationsthema ist die ÖVP für Kickl unglaublich: „Die **ÖVP heuchelt einen restriktiven Kurs,** hat aber allein seit 2020 mehr als 240.000 illegale Einwanderer ins Land gelassen.“

Die große Jänner-Depression

- Bekanntwerden von riesigem Budgetloch: Drohendes EU-Defizitverfahren, Konsolidierungsbedarf von 6 auf 12 Milliarden gestiegen (Einsparungen)
- Leak zu teilweiser programmatischer Einigung FPÖ-ÖVP
- Scheitern der Verhandlungen wegen Innenministerium:
„Postenschacher > Faschismus“



Doch noch: Ömpel, Zuckerl- oder Dreierkoalition

 Republik Österreich

- Einigung Ende Februar 2025
- Regierungsprogramm: „Jetzt das Richtige tun.“
- Inhalte aufbauend auf Verhandlungen im Dezember
- Asyl/Migration im Kapitel „Sicherheit“

**Jetzt das
Richtige tun.**

Für Österreich.

Exkurs: Einigkeit bei der FPÖ-ÖVP-Abrissbirne I

ÖVP-Punkte:

- **Restriktive Migrationspolitik und Verschärfung Asylrecht („take back control“)**
 - Ausbau des Katalogs für Asyl-Ausschlussgründe aufgrund eines festgestellten Sicherheitsrisikos
 - Erhöhung des Strafmaßes bei Schlepperei und Aufnahme der Förderung der unrechtmäßigen Ein-/Durchreise oder Erleichterung des unrechtmäßigen Aufenthalts ohne Bereicherung als neuen gerichtlichen Straftatbestands
 - Verpflichtung aller Fremden zur Bereitstellung, Öffnung und Auswertung ihrer Mobiltelefone bei Asylanträgen
 - Etablierung von Rückkehrzentren im Inland und Verfahrenszentren im Ausland
 - Zur Vermeidung illegaler Migration sowie zur Realisierung des Konzepts sicherer Drittstaaten und zur Erhöhung der Rückführungen wird ein spezifischer Fonds eingerichtet.
 - Abschluss und Umsetzung umfassender Kooperationen mit Drittstaaten zur Verhinderung von illegaler Migration nach Europa.
 - Erweiterung der Schubhaftgründe.

FPÖ-ÖVP-Abrissbirne II

- Ukraine – Vertriebene: Auch Vertriebene genießen Schutz auf Zeit, solange diese in Österreich aufhältig sind, sollen sie bestmöglich an den Arbeitsmarkt herangeführt werden.
 - Kein Vertriebenenstatus für wehrpflichtige Männer aus der Ukraine
- Evaluierung der Vertriebenenverordnung zur Verhinderung von Missbrauch.
- Haft in der Heimat sowie Asylverfahrenszentren in Drittstaaten
- Weiterentwicklung und Effizienzsteigerung der Rückkehrberatung und –hilfe (insb. Rückkehrberatung bereits zu Beginn des Verfahrens, verpflichtete Rückkehr für spezifische Personengruppen sowie Einführung einer „Rückkehr-Vereinbarung“)Möglichkeit der Verhängung einer Rückkehrentscheidung + Einreiseverbot/ Aufenthaltsverboten bei im Ausland aufhältigen Gefährdern bzw. bei bekannten geplanten Einreisen nach Österreich, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass es zu einer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit kommen könnte.
- **Neuregelung des Familiennachzugs**
 - Sofortige Aussetzung des Familiennachzugs nach dem Asylgesetz. Um den bestehenden Automatismus zu beenden, erfolgt zeitgleich eine Einschränkung durch Kontingentierung beginnend bei Null.

FPÖ-ÖVP-Abrissbirne III

- Erhöhung der Altersvoraussetzung des Familiennachzugs bei bestehendem Eheverhältnis von 18 auf 21
- Streichung des Kostenersatzes bei DNA-Tests, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass kein Verwandtschaftsverhältnis vorliegt, im Rahmen des Familiennachzugs.
- Umstellung des Familiennachzugs zu ehemaligen unbegleiteten minderjährigen Fremden (UMF – also UMF, die während des Verfahrens volljährig wurden) durch zwingende Befassung des BFA. Prüfung, ob auch hier eine Kontingentierung beginnend mit Null möglich ist.
- **Verschärfung der Abschiebungspolitik**
 - Abschiebungen auch nach Syrien und Afghanistan
 - Verschärfung des Einreiseverbots nach einer Abschiebung und Prüfung bei freiwilliger Ausreise
 - konsequente Abschiebung von Straftätern
 - Klare Regeln und funktionierende Rückführungsvereinbarungen mit allen Herkunftsländern
 - inklusive der Nutzung von Anreizen wie Budget für Drittstaatskooperationen und Hebel wie Visapolitik, Entwicklungshilfe und Handel
- 2. **Sichere Grenzen und Zurückweisungen**
 - Ausbau Grenzkontrollen
 - Weitere Verlängerung der Grenzkontrollen.
 - **Technische und rechtliche Stärkung (Kompetenzen) des EU Außengrenzschutzes (Zurückweisungsrichtlinie)**

Offene Punkte von FPÖ-ÖVP-Verhandlungen

- Die illegale Einreise und der rechtswidrige Aufenthalt gehören als Delikte ins gerichtliche Strafrecht, mit Haftstrafen von sechs Monaten als absolute Untergrenze.
 - Prüfung eines Straftatbestandes „Gutheißen der illegalen Einreise“.
- Einführung einer Fußfessel für **Risiko-Asylanten**, die bereits besondere Gefährlichkeit erkennen ließen.
 - Für fremde Straftäter wird der Missbrauch des Gastrechts (Asyl) als Erschwerungsgrund ins Strafrecht aufgenommen.
- Einführung des Delikts „Asylbetrug“: In jenen Fällen, in denen Asylwerber keine Asylgründe haben oder im Asylverfahren lügen (Alter, Heimatland, Reiseroute, etc.), soll das Recht auf Asyl verwirkt sein und es sind diese Personen abzuschieben. Damit soll die Einführung eines strafrechtlichen Delikts des „Asylbetrugs“ einhergehen, welches empfindliche Freiheitsstrafen in jenen Fällen vorsieht, in denen der Fremde bereits Leistungen aus der Grundversorgung erhalten hat. Flankierend dazu sind strafgesetzliche Bestimmungen einzuführen („Asylbetrug“).

(Vorläufig) keine FPÖ-ÖVP-Einigung:

- Einführung eines Schuldenkontos zur nachträglichen Ableistung von durch Verfahren entstandenen Kosten. (zB Grundversorgung)
 - Stärkung und Ausbau der österreichischen Grenzsicherung durch technische Sperren. Sensible Grenzabschnitte sind mit Zäunen zu sichern. Schaffung eines Straftatbestandes der Überwindung der technischen Sperren.
- FPÖ: Legalisierung von „Push-Backs“ an der Außengrenze der Europäischen Union.
 - Anspruch auf Asyl und einem sonstigen Schutzstatus nur bei eindeutig nachgewiesener Identität und Staatsangehörigkeit.
- Asylrecht durch Notgesetz aussetzen. Im § 36 ermöglicht das Asylgesetz bereits jetzt im Einklang mit EU-rechtlichen Regelungen (Art 72 AEUV, Art 4 Abs. 2 EUV) Sonderbestimmungen für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, des Schutzes der inneren Sicherheit und das Funktionieren wesentlicher staatlicher Systeme.
 - Keine Staatsbürgerschaft für Asylberechtigte. Asyl kann als Schutz auf Zeit nicht die Grundlage für den Erwerb der Staatsbürgerschaft bilden.

Sonstiges in FPÖ-ÖVP-Plänen

- Sparsamkeit und Effizienz in Brüssel einfordern: Initiative zur Evaluierung und Reduktion der EU-Agenturen; Evaluierung der Zahlungen an NGO's und NPO's. (FPÖ: 18 EU-Kommissare laut Lissabon-Vertrag, Verschlinkung EU-Parlament im Vergleich zum US-Repräsentantenhaus).
- Nur zwei Geschlechter. Es ist völlig skurril, dass laut Meldegesetz die Auswahl zwischen sechs Geschlechtsbezeichnungen möglich ist. Biologisch gesehen gibt es zwei Geschlechter. [FAMILIE]
 - Ideologiegesteuerte Klimaräte als Alternative zum Parlament werden abgelehnt. Keine Förderung für Klimaschutz-NGOs. Volle Transparenz der Finanzierungsstrukturen der NGOs.
- Ziel: Drittstaatsangehörige mit Aufenthaltstiteln, die in der Beschäftigung begründet sind und die länger als 6 Monate arbeitslos sind, werden in die Heimatländer verbracht. Titulus und Modus zu erarbeiten. (Abklärung über Referenten)
 - Neuverhandlung des GEAS auf EU-Ebene mit eigenem Österreich-Vorschlag.

Das Regierungsprogramm: „Jetzt das Richtige tun.“

- „EU-Notfallklausel“
- „Stopp Familiennachzug“
- Umsetzung GEAS-Reform
- Rückkehrverfahrenszentren und Externalisierung

Asyl/Migration

Stopp der irregulären Migration und des Missbrauchs des Asylsystems

- Anwendung der EU-Notfallklausel (Art 72 AEUV) falls notwendig, unter Berücksichtigung der EuGH-Judikatur
- Umsetzung und Weiterentwicklung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) mit dem Ziel, die Asylanträge im Inland auf null zu reduzieren und bei einem Anstieg der Asylanträge die Auslösung der Notfallklausel vorzubehalten
- Familiennachzug wird mit sofortiger Wirkung vorübergehend und im Einklang mit Art. 8 EMRK gestoppt
- Erarbeitung eines Kontingentsystems mit Orientierung an Integrationskapazitäten im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich
- Rückkehrverfahrenszentren: Es sollen entsprechende rechtliche Rahmenbedingungen implementiert werden, die zur Prävention des Abtauchens eines abgelehnten Asylwerbenden entsprechende Einschränkungen in der Bewegungsfreiheit legitimieren. Etablierung von Rückkehrereinrichtungen mit menschenwürdiger Unterbringung, unter Berücksichtigung von Kindern
- Schaffung eines spezifischen Migrationsfonds, um finanzielle und materielle Unterstützung für Migrations- und Grenzschutzmaßnahmen im Ausland schnell und zielgerichtet bereitstellen zu können

Das Regierungsprogramm: Umsetzung GEAS-Reform

Umsetzung des auf EU-Ebene beschlossenen Asyl- und Migrationspakts im Sinne der weiteren Effizienzsteigerung des Asylsystems in Österreich

- Novellierung und **Rechtsbereinigung** des Asylgesetzes
- Einführung von **Audioprotokollen** im Asylverfahren
- Implementierung eines **umfassenden Screening-Prozesses** und Überwachungsmechanismus (Aufnahmebedingungen-Richtlinie, Screening-Verordnung)
- **Reform des subsidiären Schutzstatus** im Sinne der GEAS-Reform
- Nutzung der neuen Möglichkeiten der **Bewegungsbeschränkungen** und Haft, z. B. durch Zuweisungen von Asylwerberinnen und Asylwerbern zu einem geographischen Gebiet, Implementierung der neuen Haftmöglichkeiten zwecks Überstellung in den zuständigen Mitgliedstaat

Das Regierungsprogramm: **Externalisierung und Abschottung**

- Schaffung eines **spezifischen Migrationsfonds**, um finanzielle und materielle Unterstützung für Migrations- und Grenzschutzmaßnahmen im Ausland schnell und zielgerichtet bereitstellen zu können
- Der europäische Außengrenzschutz wird durch eine **schnellere Frontex-Aufstockung** und die rasche Umsetzung von Frontex-Statusabkommen in Nachbarregionen optimiert.
- Österreich wird die Umsetzung **innovativer Konzepte mit Drittstaaten** zur Verhinderung illegaler Migration im Bereich des Schutzes und der Rückkehr vorantreiben.

Das Regierungsprogramm: Konkrete Verschlechterungen

- **Rückkehrverfahrenszentren:** Prävention des Abtauchens eines abgelehnten Asylwerbenden
- Prüfung BBU-Gesetz hinsichtlich Rechtsberatung („**Objektivitäts**“-**Kriterium**)
- Erweiterung der rechtlichen Möglichkeit der **Beschlagnahme verwertbarer Gegenstände** (ausgenommen persönliche Gegenstände) bei Einreise
- Ausweitung des Modells einer **Sachleistungskarte**
- Haft, Haft, Haft

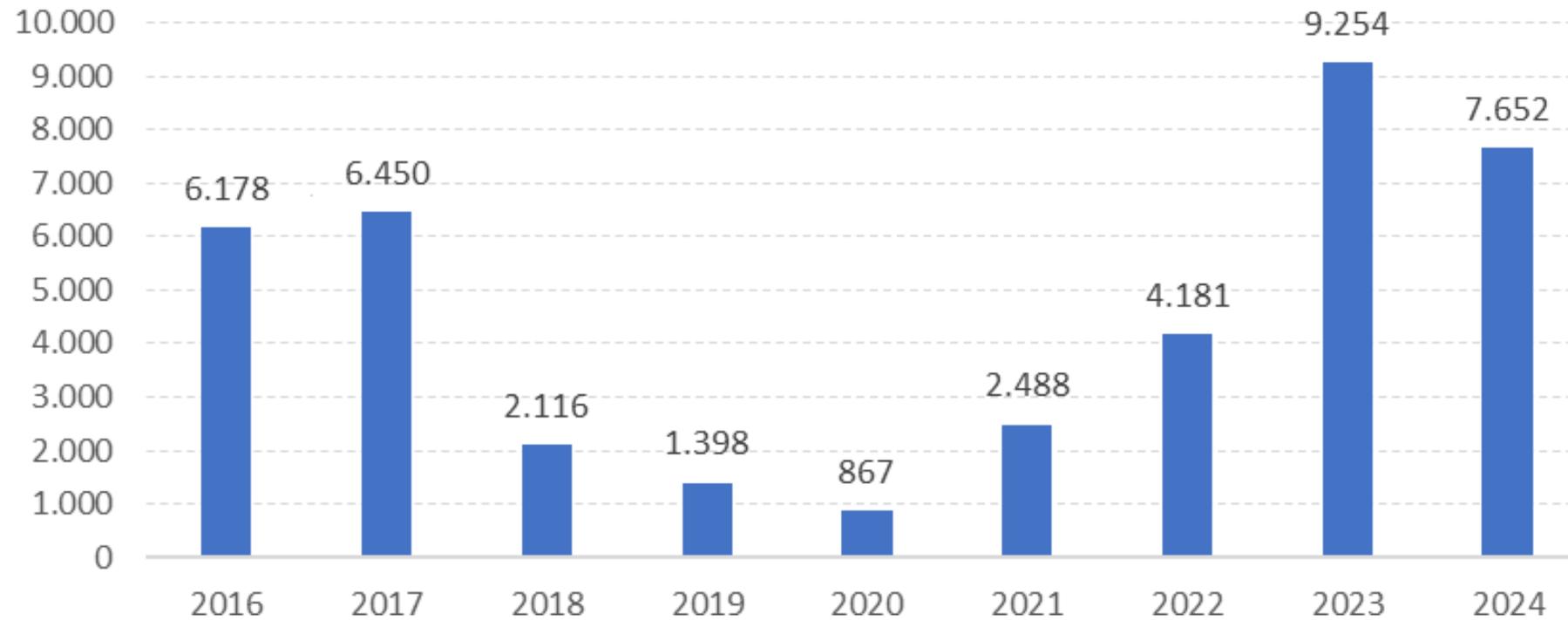
Das Regierungsprogramm: Verbesserungen?

- Erhöhung und Verbesserung der Haft- und Schubhaftinfrastruktur (Aufnahmebedingungen-Richtlinie)
- Raschere Verfahrensabschlüsse unter Einhaltung der rechtsstaatlichen und menschenrechtlichen Standards
- Gesetzliche Verankerung der Berücksichtigung des Kindeswohls in allen asyl- und fremdenrechtlichen Verfahren und in der Grundversorgung, durch Obsorge ab dem ersten Tag
- Automatische Abgeltung der Inflation für Quartiergeber:innen in der Grundversorgung, um Qualität und notwendige Quantität an sicherzustellen und um Versorgungsengpässe zu vermeiden

Das Regierungsprogramm: „Stopp des Familiennachzugs“ I



Asylanträge im Rahmen des Familiennachzuges (tatsächliche Einreisen)



Quelle: BMI

Das Regierungsprogramm: „Stopp des Familiennachzugs“ II

1. Stopp der irregulären Migration und des Missbrauchs des Asylsystems

- Anwendung der EU-Notfallklausel (Art 72 AEUV) falls notwendig, unter Berücksichtigung der EuGH-Judikatur.
- Umsetzung und Weiterentwicklung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) mit dem Ziel, die Asylanträge im Inland auf null zu reduzieren und bei einem Anstieg der Asylanträge die Auslösung der Notfallklausel vorzubehalten.
- ~~Durch Anwendung der EU-Notfallklausel wird aufgrund der Situation in den österreichischen Schulen sowie im Hinblick auf die Integrationskapazitäten des Bildungssystems der Familiennachzug mit sofortiger Wirkung gestoppt. Familiennachzug wird mit sofortiger Wirkung vorübergehend und im Einklang mit Art. 8 EMRK gestoppt. Erarbeitung eines Kontingentsystems mit Orientierung an Integrationskapazitäten im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich~~



„Sofort heißt jetzt“ – Österreichische Regierung will Familiennachzug aussetzen

- Verhandlungserfolg: keine explizite Erwähnung „Notfallklausel“ iZm Familienzusammenführung
- Aber - BK Stocker am Tag nach Angelobung:

„Sobald Innenminister Gerhard Karner die entsprechende Verordnung verfasst hat, wird der Stopp des Familiennachzugs umgesetzt.“

Das Regierungsprogramm: **„Stopp des Familiennachzugs“ III**

- Schaffung einer gesetzlichen Verordnungsermächtigung für die Bundesregierung
- Nationalstaatliche Umsetzung Art 72 AEUV:

Abweichen von unionsrechtlichen Vorschriften bei Gefahr der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und des Schutzes der inneren Sicherheit

- Vorbild: „Obergrenze“ bei Asylanträgen gem § 36 AsylG
- Feststellung einer Gefahr für die öffentliche Ordnung und des Schutzes der inneren Sicherheit per Verordnung samt Begründung

Das Regierungsprogramm: **„Stopp des Familiennachzugs“ IV**

- Einreiseanträge können weiterhin gestellt werden
- „Lauf der Frist und die Pflicht zur Entscheidung über Anträge“ während Verordnungsdauer „gehemmt“
- Verordnung gilt nicht „wenn eine Erledigung des Antrags innerhalb von sechs Monaten gemäß Art. 8 EMRK (§ 9 Abs. 2 BFA-VG) dringend geboten ist.“
- Verletzung der Familienzusammenführungs-RL 2003/86/EG

Das Regierungsprogramm: „Stopp des Familiennachzugs“ V

Umsetzung

- Beschluss gesetzliche **Verordnungsermächtigung** am 25.04.2025
- **Begutachtung Verordnung** gem Art 72 AEUV
 - Begründung: Ausnahmezustand im Bildungswesen, hoher Anteil nicht-deutsche Umgangssprache in Volksschulen, Jugendarbeitslosigkeit, Anstieg Jugendkriminalität, hoher Anteil von Syrer:innen und Afghan:innen in Sozialhilfesystem,...
- **Gutachten Daniel Thym** und Walter **Obwexer**: kein „Notfall“ notwendig, nur „Ausnahme“; bisher gescheitert bei EuGH, weil nicht ordentlich begründet wurde

Das Regierungsprogramm: „Stopp des Familiennachzugs“

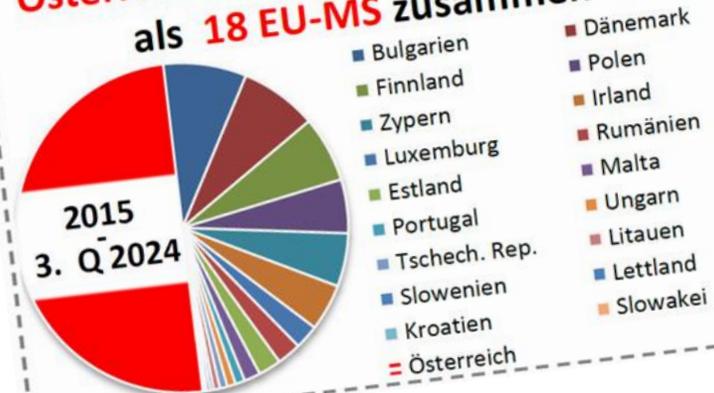
	Einwohner	Anteil der Volksschüler mit nicht-deutscher Umgangssprache Stand Schuljahr 2022/23
--	-----------	--

Die Verschlechterung der Situation in den Schulen in Österreich durch die Aufnahme einer sehr hohen Zahl von Schülern in kurzer Zeit über den Familiennachzug wurde trotz zahlreicher Gegenmaßnahmen zeigt sich auch durch das häufigere Auftreten von religiösen Konflikten. Die vor Kurzem berichtete Übermüdung/Konzentrationschwäche von

Fertilitätsrate

- **Höhere Geburtenraten bei Migrantinnen¹⁰**
 - Kinderanzahl bei Syrerinnen: 3,31 Kinder bzw. Afghaninnen: 2,36 Kinder bzw. Kosovarinnen: 2,26 Kinder (vs. 1,23 Kinder bei in Österreich geborenen Frauen).

Österreich mehr Schutzgewährungen als 18 EU-MS zusammen



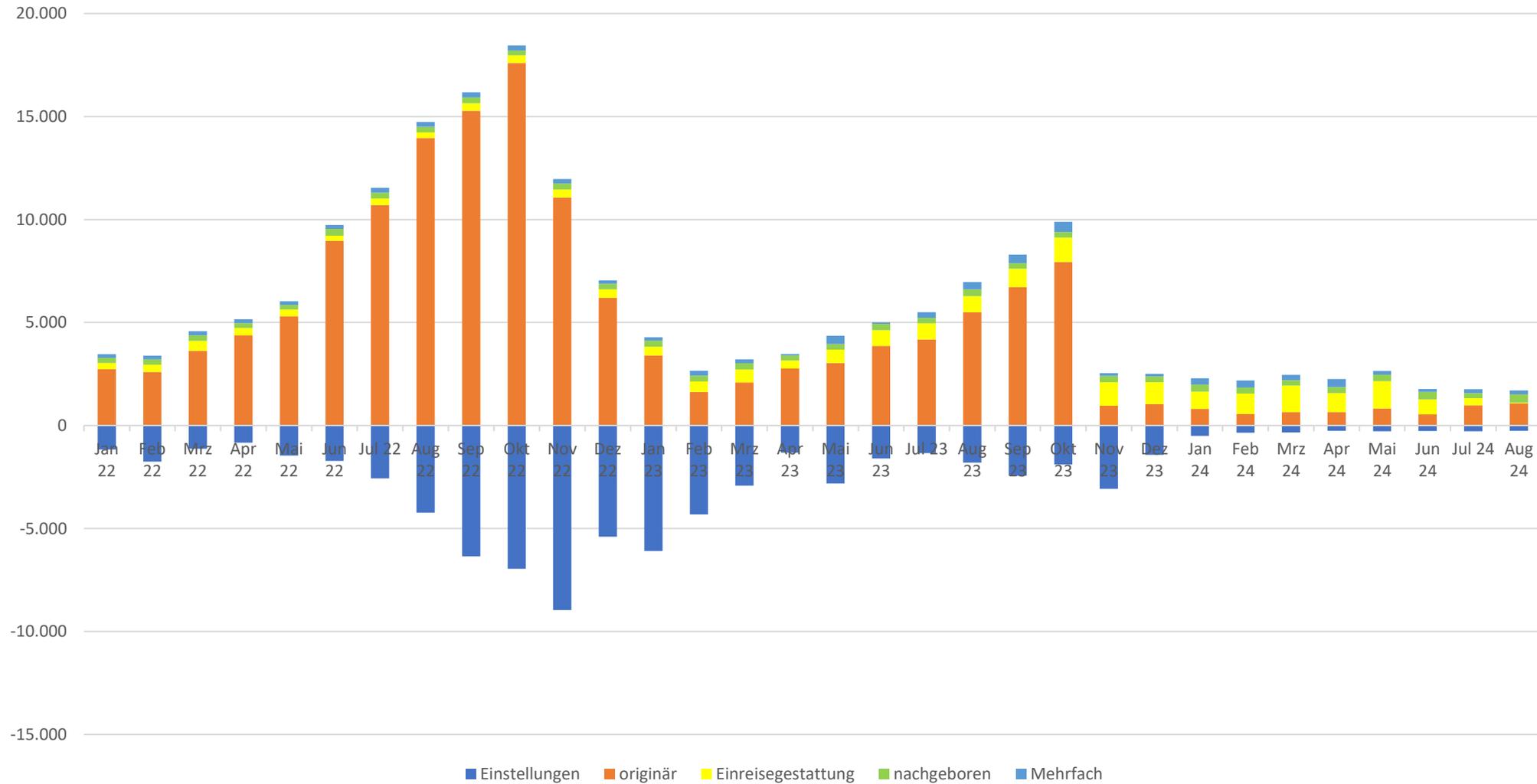
7. Radikalisierung

In Österreich stellt die **Radikalisierung von Jugendlichen** ein zunehmendes Problem dar, das Sicherheitsbehörden wie auch Bildungseinrichtungen vor erhebliche Herausforderungen stellt. Im Februar 2025 kam es in **Villach** (Kärnten) zu einem schwerwiegenden Vorfall¹², welcher zu einer breiten öffentlichen Diskussion über die Rolle sozialer Medien bei der Radikalisierung junger Menschen führte.

Von den 14- bis 24-Jährigen Wiens wünschen sich an der Spitze des Staates einen „starken Führer ohne Wahlen“⁹⁹

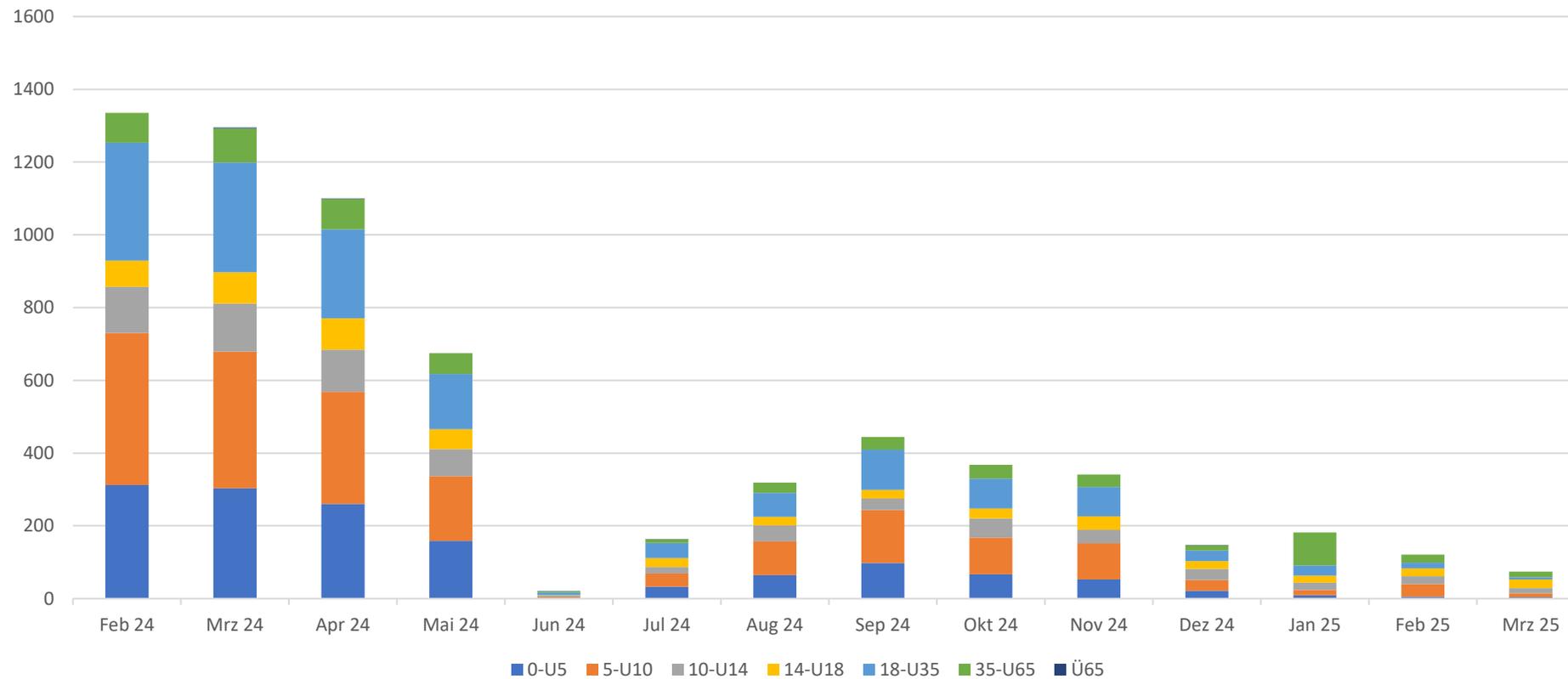
Ohne Migrationshintergrund	10%
Syrischer Migrationshintergrund	29%
Afghanischer Migrationshintergrund	72%

Struktur Anträge auf internationalen Schutz I



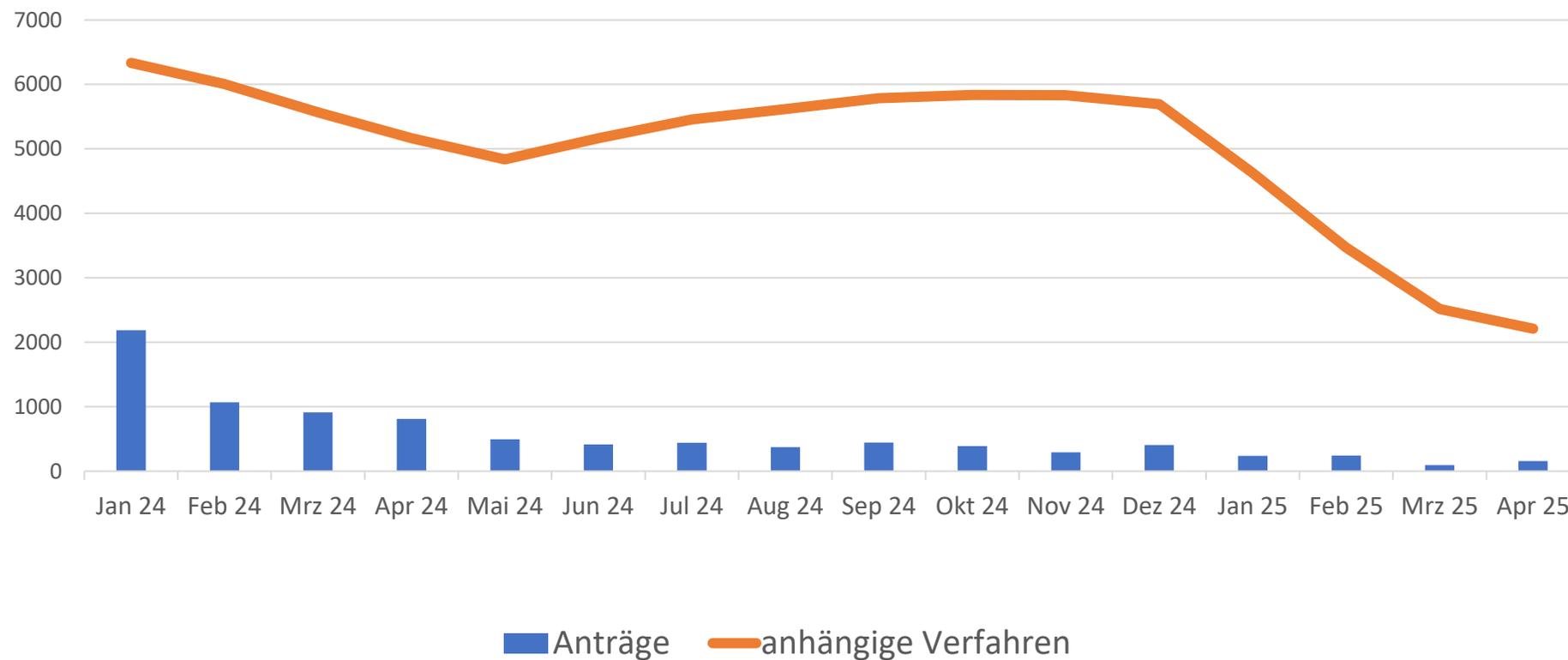
Familienzusammenführung II

Einreisegestattungen nach Altersgruppen



Familienzusammenführung III

Anträge und anhängige Verfahren (I. Instanz)
Familienzusammenführung (§ 35 AsylG)



It's the litigation, stupid!



Mit Recht für
Menschenrechte

**Jetzt spenden und Menschenrechte
verteidigen!**

brasyl

BRANDSCHUTZ ASYL

asylkoordination
österreich

Weiterführende Infos:

- Regierungsprogramm „Jetzt das Richtige tun. Für Österreich.“
<https://www.bundeskanzleramt.gv.at/bundeskanzleramt/die-bundesregierung/regierungsdokumente.html>
- Parlamentarisches Verfahren Novellierung Asylgesetz, Änderung (167/A)
<https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XXVIII/A/167>
- Stellungnahme der asylkoordination österreich zur gesetzlichen Verordnungsermächtigung
<https://www.asyl.at/de/wir-informieren/statistiken-u-gesetze/stellungnahmen/>
- Hintergrundinfos zur rechtlichen Situation und Praxis der Familienzusammenführung in Österreich, asylkoordination österreich
<https://www.asyl.at/de/wir-informieren/dossiers/stopp-der-familienzusammenfuehrung-7-fragen-7-antworten/>